

INTERVIEW



Herr Marquardt geht in Ruhestand

Herr Marquardt ist seit 1971 als Sozialwissenschaftler im Ministerium für Wissenschaft und Forschung in NRW tätig. Zu seinem Aufgabenbereich im Ministerium gehörte von 1987 bis September 2004 federführend u. a. der Arbeits- und Umweltschutz an Hochschulen. In dieser Funktion war Herr Marquardt auch länderübergreifend aktiv. In Nachfolge von Dr. Crusius war er außerdem bis zum Sommer Sprecher des Arbeitskreises der Ministeriumsvertreter „Arbeits- und Umweltschutz“ und Mitglied der Bonner Runde.

In dieser Zeit hat Herr Marquardt insbesondere die Gestaltungsprinzipien von Arbeitgeberverantwortung im Arbeits- und Umweltschutz an Hochschulen mitgeprägt und sich für eine Deregulierung in der Bundes- und Landesgesetzgebung eingesetzt. Hierdurch haben sich viele und regelmäßige Arbeitskontakte zwischen HIS und Herrn Marquardt entwickelt, die durch eine ausnehmend konstruktive Arbeitsatmosphäre gekennzeichnet waren.

Herr Marquardt war außerdem von Januar 1988 bis Juni 2003 Kuratoriumsmitglied bei HIS und hat hierbei die Aktivitäten von HIS auf dem Gebiet des Arbeits- und Umweltschutzes in besonderem Maße unterstützt.

Grund genug, den anstehenden Ruhestand ab 01.10.2005 zum Anlass zu nehmen, dieses Interview zu führen.

Redaktion: Herr Marquardt, sie haben über Jahre die Entwicklung des Arbeits- und Umweltschutzes in Hochschulen Nordrhein-Westfalens aber auch bundesweit verfolgt. Welches sind für Sie

die stärksten Veränderungen in dieser Zeit?

Marquardt: Die Aufgabe Arbeits- und Umweltschutz wird heute von den Hochschulen akzeptiert. Das wurde sie früher nicht. Heute wird die Aufgabe ernst genommen.

Red.: Für wen gilt diese Veränderung?

M.: Für alle Gruppen; Hochschullehrer, Studierende, Mitarbeiter, Verwaltung. Das ist ähnlich wie bei der Datenverarbeitung: die ist heute auch selbstverständlich.

Red.: Unter dem Stichwort Regulierungsprävention haben Sie immer mit versucht, aktiv im Vorfeld neue Rechtsvorschriften auf die Relevanz für Hochschulen zu prüfen. Hier haben Sie bis nach Brüssel Kontakte geknüpft.

M.: Ja, wir waren 2000 mit einigen Vertretern aus Deutschland dort, um für die Interessen der Hochschulen einzutreten.

Red.: Hatten Sie Erfolg?

M.: Bedingt. Bei SEVESO II haben wir Positives bewirkt. Aber generell sind die Wissenschaftsministerien und Hochschulen zu wenig in Brüssel vertreten. Deutschland artikuliert sich hier nicht. Hier muss ein Lernprozess stattfinden, es handelt sich um eine internationale Aufgabe. Wie bei den Studienabschlüssen nimmt Deutschland Veränderungen oft erst wahr, wenn sie offiziell beschlossen sind. Selbst gestalten und begleiten wäre besser!

Red.: Haben Sie einen Lösungsvorschlag?

M.: Wir Deutsche tun uns schwer mit der Lobbyarbeit, Briten und Niederländer können das besser. Vielleicht kann man ähnlich wie COPERNICUS beim Umweltschutz vorgehen, indem sich die Hochschulen stärker zusammenschließen.

Red.: Was macht denn das NRW-Büro in Brüssel?

M.: z.B. Chemiepolitik, Nordrhein-Westfalen ist ein Industriestandort. Hier geht es um Wirtschaftsinteressen, an die sich allerdings Hochschulen anknüpfen könnten, weil natürlich auch die Forschung von Chemie-Richtlinien der EU betroffen wird.

Red.: Dann nehmen die Hochschulen die EU wohl nur als Geldgeber wahr, nicht als jemanden der Rahmenbedin-

gungen setzt?

M.: Stimmt, das machen in den Hochschulen die EU-Referate für Forschungsförderung.

Red.: Kommen wir wieder zurück zu Ihrer Arbeit. Welches sind für Sie die größten Erfolge, die Sie im Arbeits- und Umweltschutz erzielen konnten?

M.: Das war die Schaffung der Titelgruppe 67. Mit diesen Zentralmitteln konnten viele Projekte zum Arbeits- und Umweltschutz in den Hochschulen angeschoben werden.

Red. Aber die Titelgruppe existiert heute doch nicht mehr!

M.: Ja, richtig - und das ist auch gut so! Ich selber war dafür, sie wieder abzuschaffen. Sie diene als Anschubfinanzierung. Als die Aufgabe zur Routine wurde, war der Zentraltopf nicht mehr nötig und die Mittel wurden in die Hochschulkapitel verlagert. Zentraltöpfe in bestimmten Situationen sind sinnvoll, aber auf Dauer kontraproduktiv.

Red.: Wie sieht es heute mit den Mitteln für Arbeits- und Umweltschutz aus?

M.: Wir haben einen Mangel an Investitionsmitteln, denken Sie an den Sanierungsstau bei den Uni-Kliniken.

Sachmittel sind ausreichend vorhanden, hier ist eher die Prioritätensetzung zu prüfen, sie ist von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich.

Hauptberufliches Personal gibt es m. E. ausreichend. Aber oft ist es nicht richtig qualifiziert oder organisiert. Es müssten mehr Ziele vorgegeben und Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Hierzu ist oft weniger das Fachwissen als vielmehr Kenntnisse in Moderation und Kooperation erforderlich.

Bei der Organisation ist es so, dass manche Einrichtungen zu klein sind, um Spezialisten für Spezialthemen zu haben.

Red.: D.h. Sie wollen hier mehr Kooperation?

M.: Ja, so wie z.B. die Hochschulen in Köln kooperieren.

Red.: Organisation ist ein wichtiges Stichwort: Sehen Sie Möglichkeiten, die Organisation der Hochschule hier bundesweit zu verbessern?

M.: Die HRK und der Kanzlerarbeitskreis müssen das Thema aufnehmen. Ein positives Signal ist die Benennung von Frau Dr. Nagel (Kanzlerin der FH Köln, Anm. d. Red.) für die Bonner Runde.

Red.: Kommen wir noch mal auf die Hochschulen zu sprechen. Diese sind derzeit einem tiefgreifenden Wandel unterzogen. Welche Rolle werden die Wissenschaftsministerien künftig beim Arbeits- und Umweltschutz haben?

M.: Sie werden weiter als Interessenvertreter der Hochschulen bei der Normsetzung fungieren und Einfluss auf die Gesetzgebung über den Bundesrat nehmen. Außerdem müssen sie Reklame für die Hochschulen machen.

Red.: Reklame, wie das?

M.: Auch andere Ministerien können von den Hochschulen lernen. Z.B. kann das Umweltministerium für den eigenen Geschäftsbereich aus den Erfahrungen der Hochschulen mit der Zertifizierung lernen.

Red.: Wenn ich an die Betriebssicherheitsverordnung oder die Arbeitsstättenverordnung denke, ist zu beobachten, dass der Gesetzgeber dem Fachpersonal bei der Umsetzung der Vorgaben immer mehr Freiräume lässt. Dieses wird mit großer Skepsis beobachtet.

M.: Ich teile die Bedenken nicht. Das Fachpersonal muss Organisations- und Kommunikationskompetenz erwerben. Hiermit muss sich dann die Organisationsentwicklung der Hochschule befassen.

Red.: Der Grundgedanke ist also gut.

M.: Ja, und im Übrigen gelten die Veränderungen auch für andere Arbeitsbereiche, wie Hochschulplanung, Finanzverwaltung und Personalverwaltung.

Red.: Was können Hochschulen oder Wissenschaftsministerien anderer Länder von NRW lernen?

M.: Geduld und Toleranz.

Red.: Das müssen Sie erklären!

M.: In einem großen Bundesland hat man es mit ganz verschiedenen Hochschulen - was Größe und Struktur betrifft - zu tun. Nichts ist nach Schema F zu lösen, für Grundsatzstreitigkeiten gibt

es nicht genügend Zeit und Personal. Weil es keine Patentlösungen gibt und Geld knapp ist, sind kooperative und pragmatische Lösungen angesagt.

Red.: Wechseln wir noch einmal zum Inhaltlichen: Welche Rolle wird die Gesundheitsförderung für die Hochschulen spielen?

M.: Hoffentlich eine große. Ich selber habe mich leider viel zu spät mit diesem Thema befasst. Das mache ich mir auch persönlich zum Vorwurf.

Red.: Warum?

M.: Wer mit seiner Gesundheit selbst nicht gut umgeht, merkt das irgendwann. Gesundheit betrifft jeden und alle Gruppen: Frauen und Männer, Junge und Alte, angehende Lehrer und Ingenieure. Gesundheitsförderung wird in der Öffentlichkeit stark thematisiert. Ich habe noch nie erlebt, dass der Sinn von Gesundheitsförderung kontrovers diskutiert wurde. Bei Arbeits- und Umweltschutz hingegen haben wir uns leicht in pro und contra geschieden, beim Gesundheitsschutz geht es eher um die Zweckmäßigkeit.

Red.: Gilt das auch für die Nachhaltigkeit?

M.: Ich fürchte die gibt es nicht. Sie ist ein Idealzustand, an dem wir immer wieder zu arbeiten haben.

Red.: Womit sollten sich denn Ihre „Nachfolger“ insbesondere in den länderübergreifenden Arbeitskreisen befassen?

M.: Die weitere Zusammenarbeit mit den Fachministerien. Hier ist das Klima mittlerweile besser geworden. Und im Gegensatz zu den relativ geringen Aktivitäten auf europäischer Ebene ist glücklicherweise der Kontakt zu den Fachministerien des Bundes und der Länder sehr gut.

Red.: Haben Sie ein Beispiel?

M.: Ja, der LASI-Besuch (2004 waren Vertreter der Bonner Runde auf eine Sitzung des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, Anm. d. Red.). Erstmals war die Wissenschaftsseite auf einer solchen Sitzung dabei. Jetzt gilt es, ein Netz von Ansprechpartnern zu organisieren, zwi-

schen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Fachministerien für Arbeits- und Umweltschutz und den Wissenschaftsministerien.

Red.: So sollen die Belange der Hochschulen bei der Gesetzgebung in beständiger Art Berücksichtigung finden.

M.: Ja. Die Aussage ist richtig. Irgendjemand in der Arbeitsschutzverwaltung muss bei der Gesetzesentwicklung im Kopf haben, dass Hochschulen auch betroffen sind und wissen, wen er dazu befragen kann und soll. Dieses Netzwerk wird z.B. durch die Bonner Runde getragen und weiterentwickelt.

Red.: Welche Rolle spielte für Sie HIS bei dieser Aufgabenbewältigung?

M.: Wir hätten es auch ohne HIS geschafft, aber nicht so gut! Denn das systematische Organisieren von Kontakten zwischen Ministerialbürokratie und Hochschulen ist bei HIS gut angesiedelt und wahrgenommen worden.

Red.: War die Tätigkeit für und mit den Hochschulen für Sie ein „Job“, wie es heute heißt oder steckte mehr dahinter?

M.: Ich habe mir den Tätigkeitsbereich nicht immer ausgesucht, bin aber ein Hochschulmensch. Da war es erst einmal egal, ob es um den Arbeits- und Umweltschutz, die IT-Unterstützung der Hochschulverwaltungen, die Hochschulplanung, die Wirtschaftsführung der Hochschulkliniken oder ein anderes Thema ging. Nur die Arbeit im Ministerium selber als Personal-, Organisations- oder IT-Referent hat mir keinen Spaß gemacht. Und auch wenn ich mich manchmal über Hochschulleute geärgert habe, so habe ich trotzdem immer auch gerne für und mit den Hochschulen gearbeitet. Ich habe mich als Schnittstelle zu Landes- und Bundesverwaltung gesehen: außerhalb der Hochschulen für die Hochschulen, manchmal fühlte ich mich auch wie ein Botschafter, der unangenehme und hochschulfremde Themen zu vermitteln hatte.

Red.: Das war jetzt ein sehr persönliches Schlusswort. Wir wünschen Ihnen eine gesunde Zukunft und danken für das Interview.

Das Interview führte J. Müller (HIS) am 01.12.04 in Düsseldorf.

Das HIS-Mitteilungsblatt soll vierteljährlich erscheinen. Der Bezug ist für Hochschulen und Behörden im Hochschulbereich kostenfrei. Hrsg.: HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Gosieriede 9, 30159 Hannover. Verantw. f. d. Inhalt: Dr. J. Ederleh; Redaktion: Dr. F. Stratmann (verantw.), I. Holzkamm, J. Müller, W. Schmidt, Dr. H. Gilch; Tel. 0160/90624063, -90624060, -90624064, -90624057, -90624056, Sek. 0511/1220-140, Fax. 0511/1220-140; E-Mail: schmidt@his.de. HIS-Informationen Arbeits- und Umweltschutz im Internet (WWW): <http://www.his.de/Abt3/Umweltschutz/Infoseite/>

Bei Funktions- und Berufsbezeichnungen (z. B. Wissenschaftler, Teilnehmer) wird lediglich die männliche Form verwendet. Diese Darstellung dient lediglich einer besseren Lesbarkeit des Textes. Wenn es nicht gesondert vermerkt ist, wird die weibliche Form immer mit eingeschlossen.

Gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz weist HIS darauf hin, dass Ihre Namen, Ihre Anschrift, Ihre berufliche bzw. amtliche Funktion zum Zwecke der administrativen Abwicklung des HIS-Mitteilungsblattes maschinell gespeichert werden.